

Beirat sagt Nein zum Grundstücksverkauf

Stadtteilpolitiker aus Mitte stellen sich gegen die Bahn und fordern mehr Lärmschutz

Der Beirat Mitte lehnt den Verkauf des Grundstücks hinter dem Güterbahnhof an die Bahn ab. Das haben die Stadtteilpolitiker und Stadtteilpolitikerinnen auf einer Sondersitzung beschlossen. Auf dem Grundstück will die Bahn ein zweites Gleis in Richtung Oldenburg verlegen, um den Güterverkehr vom Jade-Weser-Port auffangen zu können. Die Staatsräte Wolfgang Golasowski vom Bauressort und Heiner Heseler vom Wirtschaftsressort werden nun mit der Bahn über mehr Lärmschutz verhandeln.

Von Liane Janz Mitte. Die Bahn muss warten. Vorerst kann sie die Oldenburger Kurve nicht ausbauen. Der Beirat Mitte lehnt den Verkauf des Grundstücks hinter dem Güterbahnhof ab. Das haben seine Mitglieder einstimmig auf einer Sondersitzung entschieden. Das Bau- und das Wirtschaftsressort wollen nun über ihre Staatsräte Wolfgang Golasowski und Heiner Heseler mit der Bahn über mehr Lärmschutz verhandeln. Diese Gespräche sind für den 26. März geplant.

Auf dem Grundstück will die Bahn ein zweites Gleis in die Abzweigung nach Oldenburg legen, um den zunehmenden Güterverkehr vom und zum Jade-Weser-Port auffangen zu können. Diese Zunahme des Verkehrs war auch eines der Argumente, die Iven Krämer, der Referatsleiter Hafenwirtschaft, Logistik, Hafeninfrastruktur im Wirtschaftsressort, vortrug, um den Beirat zu einem positiven Votum zu bewegen. "Wir gehen davon aus, dass der Jade-Weser-Port fristgerecht im August in Betrieb gehen wird", sagte er.

Ab dann dürfte der Verkehr stetig ansteigen. Auch aus einer anderen Richtung sei mit mehr Verkehr zu rechnen. Aus Bremerhaven passieren derzeit mehr als 500 Güterzüge pro Woche Bremen. Im Januar verzeichnete der Bremerhavener Hafen 15 Prozent mehr Containerverkehr als im Januar vergangenen Jahres. Im Jahr 2025 sollen auch von und nach Bremerhaven mindestens 770 Güterzüge pro Woche fahren. Der Ausbau der Oldenburger Kurve würde die gesamten logistischen Abläufe mit den Häfen verbessern, sagte der Behördenvertreter. Eine zeitnah realisierbare Alternative zur Oldenburger Kurve gebe es nicht "Wir sind nicht gegen die Hafenwirtschaft. Wir sind auch nicht dagegen, dass der Güterverkehr auf die Schiene verlegt wird", entgegnete Beiratssprecher Michael Rüppel (Grüne). Aber die Bevölkerung müsse vor den Auswirkungen geschützt werden. Das bedeute wesentlich mehr aktiven und passiven Lärmschutz entlang der gesamten Strecke.

Wie dieser Lärmschutz aussehen könnte, erklärte der Gutachter Bernd Kögel vom Lärmkontor aus Hamburg am Beispiel der bestehenden Gleise in der Oldenburger Kurve und der Breitenwegbrücke. Zwei Meter hohe Lärmschutzwände an den bestehenden Gleisen in der Kurve würden bereits sechs bis sieben Dezibel ausmachen. Würde die Brücke "entdröhnt", könnten weitere zwei bis drei Dezibel eingespart werden, und eine Gleisschmieranlage würde noch mal einige Dezibel bringen. Kögel berät Bremen bereits in anderen Lärmfragen und wird mit den Staatsräten das Gespräch bei der Bahn vorbereiten. "Ziel sollte sein", sagte er, "die Gesundheitsschwelle in der Nacht einzuhalten." Die sei aber auch mit den von ihm vorgestellten Maßnahmen nicht zu erreichen. Das verdeutlichte der Bremer Epidemiologe Professor Eberhard Greiser. Er erforscht an der Universität Bremen die Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit der Menschen. Das bereits ein kontinuierlicher Lärmpegel von 40 Dezibel ausreicht, um Menschen krank zu machen, bewies er in einer Studie über die Auswirkungen von nächtlichem Fluglärm am Flughafen Köln-Bonn. An der von Kögel vorgestellten Stelle wäre aber eine Lärmbelastung von über 65 Dezibel errechnet worden.

Insgesamt sei etwa die Hälfte aller Bremer von Lärm über 45 Dezibel betroffen - vor allem nachts. In Utbremen schliefe laut einer Datenerhebung aus 2006 niemand ruhig. "Zum Schienenlärm gibt es aber noch keine Studien", sagte Greiser. Er werde in Kürze eine durchführen.

Solidarität erfährt der Beirat Mitte vom Beirat aus Findorff. Ulf Jacob von den Findorffer Grünen stellte den entsprechenden Beiratsbeschluss vor, der noch am selben Abend erging. Der Waller Beirat konnte zu keinem einstimmigen Beschluss kommen, aber Joseph Heseding stellte eine Erklärung der Waller Grünen im Beirat vor, die sich ebenfalls mit den Stadtteilpolitikern aus Mitte solidarisierten. Auch der Beirat der Östlichen Vorstadt unterstützt die Forderungen des Beirates Mitte nach mehr Lärmschutz. Das gab die SPD-Fraktion der Östlichen Vorstadt bekannt.

Aus der Bevölkerung kamen Vorschläge, auch etwas gegen die Erschütterungen durch vorbeifahrende Güterzüge zu unternehmen. Auch da solle die Bahn in die Pflicht genommen werden. "Man hat das Gefühl, man lebt in einem Erdbebengebiet", sagte ein Anwohner vom Osterfeuerberg. Auch von der Stephanibrücke gehe ein enormer Lärm aus, wenn Güterzüge die Weser überqueren, berichteten Bewohner des Stephaniviertels. Ortsamtsleiter Robert Bücking betonte, dass zur Stephanibrücke gesondert ein Gutachten angefertigt werde. Das sei eine Übereinkunft zwischen der Bahn und Bremen, denn diese Brücke leiser zu machen, sei nicht so ohne weiteres möglich. Der Beirat wird nun die Verhandlungen zwischen den Staatsräten und der Bahn am 26. März abwarten. Am 16. April will er in der Michaeliskirche über die Ergebnisse dieser Verhandlungen beraten und erneut über den Verkauf abstimmen.